

Bürgerbündnis gegen Privatisierung in Frankfurt **Erstes Treffen 3. April 2006**

Zusammenfassung der Diskussion

Einleitend wurde der Stand der vorbereitenden Diskussion dargestellt. Die Situation in Frankfurt sei gekennzeichnet durch in den letzten Jahren zunehmende Zahl von Privatisierungen. Und es sei nicht damit zu rechnen, dass diese für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger höchst problematische Entwicklung jetzt, nach der Kommunalwahl, beendet sei. Im Gegenteil müssen wir damit rechnen, dass die wahrscheinliche schwarz-grüne Koalition die Politik der Enteignung öffentlichen Eigentums fortsetzen werde. Deshalb die Einschätzung, dass wir den Versuch machen sollten, einen Bürgerentscheid gegen jede weitere Privatisierung in Frankfurt in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und ÖPNV herbeizuführen. Ein solcher Bürgerentscheid sei erfolgreich gewesen im Jahr 2005 in Mülheim/Ruhr, wo bereits ein großer Teil städtischer Einrichtungen ganz oder teilweise verkauft worden war.

Weiter wurde deutlich gemacht, dass ein Bürgerentscheid erhebliche Anstrengungen fordert. Denn zunächst müssten im **Bürgerbegehren** Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten in Frankfurt gesammelt werden. Das sind nach dem Stand der Kommunalwahl 2006 etwa 42 700 Mitbürgerinnen und Mitbürger. Für den **Bürgerentscheid** sei dann die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, mindestens aber ein Anteil von 25 Prozent der Wahlberechtigten notwendig, also etwa 106 700. Das alles könne erkennbar nur mit einem entsprechenden massiven Einsatz geleistet werden, der die aktive Beteiligung von ganzen Organisationen verlange.

Alternativ zur Überlegung, einen Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierung in mehreren Bereichen anzugehen, stellten die anwesenden Vertreter des Bürgervereins Griesheim ihre Position dar, einen Bürgerentscheid konkret gegen die beabsichtigte weitere Privatisierung der Städtischen Klinik Höchst anzugehen. Dafür sei im Frankfurter Westen der Boden durch entsprechende Aktivitäten politisch schon bereitet. Es gebe eine deutlich spürbare auch emotionale Bereitschaft in der Bevölkerung, einen Bürgerentscheid zu unterstützen. Derartige Bereitschaft sei nicht nur auf die westlichen Stadtteile von Frankfurt begrenzt. Denn viele Frankfurterinnen und Frankfurter hätten eine konkrete Verbindung zur Städtischen Klinik Höchst, z. B. weil viele Kinder dort geboren seien, oder viele alte Menschen in der guten Höchster Augenklinik behandelt worden seien.

Man müsse jetzt die Initiative ergreifen, abwarten führe dazu, dass die Klinik Höchst nach der bereits erfolgten Umwandlung in eine gGmbH ganz verkauft, oder zerlegt und in Teilbereichen privater Kapitalverwertung geöffnet werde.

Zunächst wurde keine Entscheidung getroffen, welche der beiden Optionen, nämlich eher allgemeiner Bürgerentscheid oder Bürgerentscheid konzentriert auf die Städtische Klinik Höchst, zum Zug kommen soll. Es wurde verabredet, dass die Vertreterin und die Vertreter des Bürgervereins Griesheim noch eine qualifizierte Beratung bei einem ihnen bereits bekannten einschlägig kompetenten Rechtsanwalt einholen sollen, und zwar bezüglich der juristisch haltbaren Umsetzung beider Optionen in einem Bürgerbegehren und anschließenden Bürgerentscheid.

In Bezug auf die eingeladenen Organisationen wurde noch dargelegt, dass der DGB-Regionsvorstand, ver.di Frankfurt, IG BAU Frankfurt, NGG Frankfurt, GEW Frankfurt und die IG Metall schriftlich eingeladen worden seien. Von ver.di, IG BAU und NGG sei keine Reaktion erfolgt. Die GEW sei, obwohl nicht anwesend, aber positiv gegenüber Aktivitäten gegen Privatisierung eingestellt, führte Angelika Wahl aus. Vom DGB-Regionsvorsitzenden, mit dem Klaus Willkomm-Wierner telefoniert hatte, sei eine Teilnahme mit Hinweis auf eine fehlende entsprechende Beschlusslage im Regionsvorstand abgelehnt worden. Die IG Metall Frankfurt war sofort bereit, unser Vorhaben zu unterstützen und hat Klaus Willkomm-Wierner beauftragt, die Organisation im Bürgerbündnis zu vertreten..

Im Vorfeld des Treffens war bekannt geworden, dass die von dem Rechtspopulisten Wolfgang Hübner geführte BFF Interesse hat, sich an einem Bürgerbündnis gegen Privatisierung zu beteiligen. Es wurde einvernehmlich festgestellt, dass es mit dieser Organisation, einem ihrer Ableger oder mit Hübner selbst keine Zusammenarbeit gebe, weil Hübner und damit die BFF Bezüge zur Nazi-Szene hat.

Das zweite Treffen des Bürgerbündnisses findet statt am Mittwoch, 26. April 2006, 19:00 Uhr im DGB-Haus Frankfurt. Der Raum wird mit der Einladung bekannt gegeben. Zur Vorbereitung haben sich Marita Seifarth, Günther Seifarth, Angelika Wahl und Michael Altmann für den 10. April verabredet.

Frankfurt, 5. April 2006
gez. Klaus Willkomm-Wiemer